



Infrastruktur- und Justizministerin Graziella Marok-Wachter freut sich auf die vor ihr liegenden Aufgaben. Obwohl es gerade im Mobilitätsbereich grosse Herausforderungen zu bewältigen gilt, ist sie optimistisch, dass mit der Kombination aus zahlreichen Massnahmen viel erreicht werden kann. Bei ihren Projekten ist ihr der Einbezug der Bevölkerung und betroffenen Verbände wichtig.

Frau Regierungsrätin, die Position des für den Verkehr zuständigen Regierungsmitglieds galt lange als undankbarer Posten. Recht machen konnten es Ihre Vorgänger selten jemandem und niemals allen. Die Pandemie hat die Verkehrsproblematik zwar in den Hintergrund gedrängt. Vorhanden ist sie aber nach wie vor. Dafür spricht schon die Doppelseite, welche die Mobilität im Regierungsprogramm einnimmt. Wie fassen Sie die geplanten Massnahmen zusammen?

Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter: Die Entscheidungen im Bereich Infrastruktur und damit der Bau und Unterhalt von Strassen und Gebäuden sind für alle sichtbar und prägen unser Landschaftsbild über einen längeren Zeitraum. Für uns alle ist Mobilität sehr wichtig, denn wir wollen und müssen uns bewegen, sei es privat oder beruflich. Daher nutzen wir täglich meist mehrfach die vorhandenen Verkehrsinfrastrukturen. Aufgrund dieser direkten Betroffenheit von uns allen versteht es sich von selbst, dass Entscheidungen und Entwicklungen im Bereich Infrastruktur von der Bevölkerung hinterfragt und breit diskutiert werden.

Ein Schwerpunkt der laufenden Legislaturperiode liegt darin, das Mobilitätskonzept 2030 mit mehr als 40 Einzelprojekten konsequent weiterzuverfolgen. So startet zum Beispiel noch im Frühling dieses Jahres ein Fahrradverleih, der eng an den öffentlichen Verkehr geknüpft ist. Die LIEmobil als Betreiberin wird im Rahmen eines Pilotprojekts in verschiedenen Gemeinden knapp 100 Räder zur Verfügung stellen. Die elektronisch unterstützten Fahrräder ermöglichen den Nutzerinnen und Nutzern der Busse, den Weg zwischen Haltestelle und Zielort bequem und schnell zurückzulegen. Dieses Angebot

soll die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs weiter steigern. Ebenfalls wird an verschiedenen Stellen an der Optimierung der Strasseninfrastruktur gearbeitet. So soll beispielsweise auf der Rheinbrücke Vaduz-Sevelen bis 2024 die wechselseitige Nutzung der Mittelspur ermöglicht werden, sodass am Morgen zwei Spuren nach Vaduz führen und am Abend eine zweite Spur Richtung Sevelen.

Neben den Massnahmen des Mobilitätskonzepts 2030 haben wir im Rahmen der Variantenprüfung Schaan angekündigt, dass gemeindeübergreifende Verkehrslösungen geprüft und dabei auch Tunnelösungen berücksichtigt werden. Dies ist ein Projekt, das über den Zeithorizont des Mobilitätskonzepts 2030 hinausgeht.

Was weckt in Ihnen den Optimismus, dass Liechtenstein in Sachen Verhinderung des Verkehrsinfarkts und Entlastung der Wohnquartiere bis zum Ende der Legislaturperiode einen Schritt oder auch mehrere Schritte vorankommt?

Die Überlastung der Verkehrsinfrastruktur in Liechtenstein ist in der Regel auf wenige Stunden am Tag und lokal beschränkt. Zu Stausituationen kommt es morgens und abends während des Pendlerverkehrs zur Arbeit und zurück und auch das nur an einigen Stellen im Land. Ausserhalb dieser Zeiten müssen wir glücklicherweise kaum im Stau stehen. Aber selbstverständlich sind diese Stausituationen und das damit verbundene Ausweichverhalten durch Wohnquartiere unerwünscht. Dies ist ärgerlich und auch volkswirtschaftlich nachteilig. Zur Verbesserung der Situation gibt es jedoch nicht das eine «Wundermittel», mit dem alle Probleme gelöst werden könnten. Deshalb sieht das Mobilitätskonzept auch eine breite Palette von Massnahmen vor.

Neben konkreten baulichen Massnahmen bei der Strasseninfrastruktur sind Massnahmen vorgesehen, die den Fuss- und Fahrradverkehr fördern und Anreize für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, das heisst insbesondere der Busse, schaffen sollen. Damit die Menschen bereit sind, vom eigenen Auto auf ein anderes Verkehrsmittel umzusteigen, müssen die Alternativen attraktiv sein. Auch daran arbeiten wir, und es sollen beispielsweise Lücken im landesweiten Radroutennetz geschlossen werden. Ein weiteres Projekt zur sogenannten Busbevorzugung zum Beispiel zielt darauf ab, die Pünktlichkeit der Busse bei Überlastungen der Strassen möglichst sicherzustellen.

Die Regierung hat sich mit ihrem Programm 2021–2025 vor allem die Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben. Wie lassen sich Mobilität und Nachhaltigkeit in Liechtenstein mit seinen spezifischen Gegebenheiten vereinbaren?

Mobilität ist für uns privat und für unseren Wirtschaftsstandort von zentraler Bedeutung. Auch wenn digitale Meetings in der Zwischenzeit verbreitet sind, wird das Mobilitätsbedürfnis auch weiterhin ein zentrales Element unserer Gesellschaft bleiben. Ziel muss es sein, bei Mobilitätslösungen Nachhaltigkeitsaspekte zu berücksichtigen. In Bezug auf die Reduktion von CO₂ spielt beispielsweise Elektromobilität eine zentrale Rolle. Diesbezüglich meldet das Amt für Strassenverkehr in den zurückliegenden Monaten einen zunehmenden Trend zu Elektrofahrzeugen. Auch die LIEmobil wird im Laufe dieses Jahres die ersten Elektrobusse in Betrieb nehmen. Die Nutzung von Fahrrädern anstatt des Autos dient ebenfalls Nachhaltigkeitsaspekten. Nachhaltigkeitsziele decken sich in verschiedener Hinsicht auch mit dem Ziel, unsere Strassen zu entlasten. Denn beide Ziele werden durch die Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Fahrradverkehrs unterstützt. Die optimale Kombination verschiedener Lösungen, wie zum Beispiel die bereits erwähnte Verbindung von Leihfahrrädern mit dem Bussystem, kann uns hinsichtlich beider Ziele weiterbringen. Damit dieses Angebot so attraktiv wie möglich ist, müssen wir regelmässige Überprüfungen durchführen und, wenn nötig, punktuelle Anpassungen vornehmen, wie beispielweise bei der optimalen Taktung der Busse.

Wie zuversichtlich sind Sie, dass Sie mit den geplanten Massnahmen zur Bewältigung der Mobilitäts Herausforderungen auf eine möglichst breite Unterstützung stossen und was führt Sie zu dieser Einschätzung?

Die geplanten Massnahmen enthalten keinen «Zwang», sondern beruhen neben konkreten baulichen Massnahmen darauf, dass der öffentliche Verkehr sowie der Fuss- und Radverkehr attraktiver werden sollen, und ich bin zuversichtlich, dass diese Angebote zunehmend von der Bevölkerung angenommen werden. Wie bereits angesprochen, betrifft Mobilität uns alle. Das ist eine gute Voraussetzung, um die Themen Mobilität, Verkehr und Infrastruktur breit zu diskutieren. Diese Ausgangslage muss genutzt werden, um gerade zukünftige grössere Projekte mit der Bevölkerung, politischen Vertreterinnen und Vertretern aller Gruppen, Verbänden und Unternehmen zu diskutieren. Ich bin davon überzeugt, dass wir durch Gespräche mit allen Anspruchsgruppen gemeinsam Lösungen für unser Land erarbeiten und auch realisieren können.

In Bezug auf Ihren zweiten Aufgabenbereich, die Justiz, hält das Regierungsprogramm fest, dass das «Justizwesen gezielt weiterentwickelt» werden soll. Wie erklären Sie als Juristin einem Laien, was Sie diesbezüglich planen und wie der oder die Einzelne davon profitieren kann?

Gesetze bilden die Regeln unserer Gesellschaft und damit unseres Zusammenlebens. Wir leben in einer sehr dynamischen Zeit, und auch die Regeln unseres Zusammenlebens sind damit im Fluss. Allein deshalb ist es unabdingbar, dass die Gesetze, die unser Zusammenleben

”

Zur Verbesserung der Verkehrssituation gibt es nicht das eine «Wundermittel», das alle Probleme löst. Deshalb sieht das Mobilitätskonzept eine breite Palette von Massnahmen vor.

prägen, kontinuierlich weiterentwickelt werden. Gesetze sollten möglichst aktuell sein und die Bedürfnisse und Werte unserer Gesellschaft abbilden. So werden wir beispielsweise immer wieder von Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft kontaktiert, die den Wunsch für Gesetzesanpassungen aufgrund von bestimmten Entwicklungen an uns herantragen. Dieser offene Austausch ist uns wichtig, doch natürlich heisst Offenheit gegenüber Gesellschaft und Unternehmen nicht, dass Wünsche unreflektiert umgesetzt werden. Wir nehmen die Anregungen auf und prüfen, ob diese gemäss unserer Einschätzung im Interesse unseres Landes politisch umsetzbar sind. Letztlich entscheidet darüber dann nicht die Regierung, sondern der Landtag bzw. unsere beiden Souveräne, also Fürst und Volk. In diesem Kontext beobachten wir auch die gesetzlichen Entwicklungen im Ausland und prüfen, ob entsprechende Anpassungen auch bei uns vorgenommen werden sollen.

Was stimmt Sie ganz persönlich optimistisch, dass das 2022 ein gutes Jahr für Liechtenstein werden könnte?

Die letzten zwei Jahren waren für uns alle sehr herausfordernd. Ich glaube, dass bei vielen Leuten das Bewusstsein für die Vorzüge und die Schönheit unserer eigenen Umgebung gewachsen ist. Auch deshalb bin ich sehr zuversichtlich, dass wir gemeinsam mit der grossen Mehrheit unserer Bevölkerung die Ziele, die sich die Regierung für das Wohlergehen unseres Landes gesetzt hat, weiterverfolgen können. Ich freue mich darauf.

Biodiversität – mehr Natur im Garten. Wir helfen Ihnen bei der Umsetzung.



MÜKO

GARTENGESTALTUNG
PFLANZENCENTER

Fabrikstrasse 8, 9470 Buchs
Fallsgass 18, 9493 Mauren
www.mueko.ch



DIE GUTE ADRESSE FÜRS BAUEN

Wir sind die gute Adresse für sämtliche Bautätigkeit, Sanierung und Modernisierungen. Auch kleinste Bauaufträge führen wir gerne für Euch aus.

WIR VERWIRKLICHEN IHRE TRÄUME

Eure Wünsche rund um das Haus wie Gartenteich, Schwimmbäder und Parkanlagen realisieren wir gerne. Unsere unkonventionelle Sichtweise versprechen dauerhafte und designaffine

Kundenprojekte. Unsere speziellen Werkzeuge sichern eine qualitativ hochwertige Ausführung Ihres Traumes.

RUFT UNS AN, WIR SIND IMMER FÜR EUCH DA

Gerne kommen wir bei Euch vorbei, um das Projekt vor Ort zu besprechen.

Brendle Bau GmbH | FL-9488 Schellenberg
+41 76 373 42 59 | info@brendlebau.li | www.brendlebau.li

